

Die „Weltanschauung“
erschienen täglich in den
Abendstunden der „Neuen Welt“
durch die Post und
nach jeder Ausgabe zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50.
pro Woche 20 Pf.
Verlagsgesellschaft Nr. 188.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die werkhätige Bevölkerung.
Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Subscriptionsgebühren
besteht für die einjährige
Abnahme über einen Monat
20 Pfennige, für Vereins- und
Verkaufsstellen 10 Pfennige.
10 Pfennige.
Anträge für die nächste Nummer
müssen bis zum 1. d. M. in der
Vertheilung abgegeben werden.

Nr. 281.

Donnerstag, den 2. December 1897.

4. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Die Militärstrafprozessreform

wird — selbstverständlich — durchaus nicht das halten, was unsere Officiere in der letzten Zeit in so überdränglicher Weise versprochen. Der Entwurf, der am Dienstag dem Reichstage zugegangen ist, steht lange nicht auf der Höhe der bayerischen Militärgerichtsbarkeit. Die Oeffentlichkeit in der Verhandlung ist nur in der Theorie vorhanden, sie kann stets ausgeschlossen werden. In Bezug auf den Kreis der Militärgerichten unterworfenen Personen wird nichts geändert. Auch die Einrichtung der „Gerichtsherrn“ soll bestehen. Die niedere Gerichtsbarkeit, d. h. die Gerichtsbarkeit über die Mannschaften, soweit nur Arreststrafe angeordnet ist, oder es sich um Uebertretungen handelt, oder nach Ansicht des Gerichtsherrn auf höchstens sechs Wochen Arreststrafe voraussichtlich erkannt werden wird, wird ausgeübt von den Standgerichten, welche aus einem Stabsoffizier, einem Hauptmann und einem Premierlieutenant bestehen. Der Vorsitzende und der Premierlieutenant werden vom Gerichtsherrn alljährlich für die Dauer des Geschäftsjahres, der Hauptmann für den einzelnen Fall im Dienstwege berufen. Die Kriegsgerichte für Offiziere und für größere Vergehen der Gemeinen bestehen aus einem Kriegsgerichtsrath und 4 Offizieren. Außerdem sind noch 3 Offiziere als Richter zu berufen von höherem oder niederm Rang je nach der Rangstellung des Angeklagten. Das Oberkriegsgericht als Berufungsinstanz besteht aus 2 Oberkriegsgerichtsräthen, 5 Offizieren und 4 Offizieren, welche außerdem zu berufen sind, und zwar je nach dem Rang des Angeklagten. Das Reichsmilitärgericht besteht aus einem General als Präsidenten und aus Senatoren. Die militärischen Mitglieder des Reichsmilitärgerichts sollen mindestens im Rang der Stabsoffiziere stehen. Die Oberkriegsgerichtsräthe und Kriegsgerichtsräthe werden durch den Contingentsherrn ernannt.

Soweit es sich nicht um ein Erkenntnis handelt, haben diese Gerichtsräthe den Anordnungen des Gerichtsherrn Folge zu leisten. Die Letzteren sind auch von einem richterlichen Militärjustizbeamten zu unterzeichnen, welcher dadurch die Verantwortlichkeit für die Gesetzmäßigkeit übernimmt. Im Falle eines Widerspruches desselben ist der Weisung des Gerichtsherrn zu entsprechen. Doch sind die Acten demnach dem Reichsmilitärgericht vorzulegen. Die Hauptverhandlung vor den Gerichten ist zwar öffentlich, aber die Oeffentlichkeit kann für die ganze Verhandlung oder für einen Theil derselben durch Beschluß des Gerichts ausgeschlossen werden, wenn sie eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, insbesondere der Staatssicherheit, oder eine Gefährdung militärischer Interessen oder eine Gefährdung der Sittlichkeit besorgen läßt. Unter welchen Voraussetzungen und in welchen Formen der Ausschluß der Oeffentlichkeit aus Gründen der Disciplin zu erfolgen hat, bestimmt der Kaiser.

Der Angeklagte kann sich, nachdem die Anklage erhoben ist, des Beistandes eines Verteidigers bedienen. Auf die unter Zuständigkeit der Standesgerichte gehörigen Sachen findet diese Vorschrift keine Anwendung. Als Verteidiger werden zugelassen außer den Personen des Soldatenstandes,

den Kriegsgerichtsräthen und deren Practikanten, nichtrichterliche obere Militärbeamte, Rechtsanwälte, welche ihre Zulassung zur Vertretung vor den Militärgerichten erwirkt haben, in so weit bürgerliche Verbrechen oder Vergehen den Gegenstand der Anklage bilden. Die Zulassung von Rechtsanwälten erfolgt durch die oberste Militär-Justiz-Verwaltungsbehörde, hinsichtlich des Reichsmilitärgerichts durch den Präsidenten desselben.

Urtheile, die durch ein ordentliches Rechtsmittel nicht mehr anfechtbar sind, werden mit einer Bestätigungsordnung versehen. Von wem diese Ordre ertheilt wird, bestimmt der zuständige Contingentsherr.

Der Entwurf der Militärstrafprozessordnung umfaßt 450 Paragraphen, das dazu gehörige Einführungsgezet 33 Paragraphen, ein Gesetz, betreffend die Dienstvergehen der richterlichen Militärjustizbeamten, umfaßt 38 Paragraphen.

Aus dem Borerwähnten erhellt schon, daß die Oeffentlichkeit der Verhandlungen fast nur in der Theorie vorgeschrieben ist, die Ständigkeit der Gerichte im Gegensatz zum bayerischen Recht nur theilweise Platz greifen soll. Was die Unabhängigkeit der Gerichte betrifft, so sollen Bestätigungsordres, sofern es sich nicht um Feldgerichte oder Bordgerichte handelt, die von der zuständigen Stelle ertheilte Bescheinigung erhalten, daß die Rechtskraft des Urtheils eingetreten ist. Die Bestätigung enthält andererseits die Weisung zur Vollstreckung desselben. Bei der Bestätigungsordnung kann geeignetenfalls eine Milderung der Strafe verfügt werden. — Das ist die ganze durchaus ungenügende „Reform“.

Die Aussichten der Flotten-Vorlage

sollen sehr schlechte sein. Es wird auf keiner Seite bezweifelt, sagt die „Freif. Zig.“, daß das Flottengesetz in allen Theilen abgelehnt wird. Besonders soll das ausschlaggebende Centrum gegen die Vorlage eingenommen sein. Die „Post“ schreibt: „Die Stimmung in Centrumskreisen ist der Flottenvorlage nicht günstig. Man erkennt an, daß bei der günstigen Finanzlage des Reiches die im Etat enthaltenen Marineforderungen nicht übermäßig hoch sind und aus rein finanziellen Gründen sich gegen sie nichts einwenden läßt; dagegen will man die Nothwendigkeit der Marinevorlage als solche nicht anerkennen.“

Im Reichstage beschäftigten sich nach einer Mittheilung des „Berl. Tagebl.“ die Abgeordneten in ihren privaten Unterhaltungen vornehmlich mit dem Schicksal des Flottengesetzentwurfes, das auch über das Schicksal des Reichstages entscheiden wird. Es herrschte die Meinung vor, daß das Parlament noch in der letzten Session der Auflösung verfallen werde. „Zwar macht sich“, heißt es in dem Blatte, „im Centrum, also in der ausschlaggebenden Partei, auch eine Strömung zu Gunsten einer Verständigung mit der Regierung geltend, und man nimmt an, daß auch Dr. Lieber eine solche nicht ungern sehen würde; in der That macht der hayerische Flügel, auf den stets sehr viel Rücksicht genommen wird, wieder Schwierigkeiten und er wird anscheinend in seinem Widerstande gegen das Flottengesetz Succurs aus dem Westen bekommen. So fürchtet man schon jetzt, daß die „Mittellinie“, auf die die Fraction, um ihre Stellung den Wählern gegenüber zu wahren, sich stets zu einigen pflegt, auf Ablehnung der Vorlage führen werde.“

Die Schraube ohne Ende. Die „St. James Gazette“ schreibt zu dem Flottengesetz: „Wenn es dem Kaiser Wilhelm gelingt, den Reichstag für seinen Plan zu gewinnen, wird für uns der Fall eintreten, nach dem großen Grundsatz Goshens bezüglich des Gleichgewichts der Seemacht zu handeln. Wir hoffen, daß unsere Admiralität nächstes Jahr in ihren Voranschlägen gebührende Notiz von dem deutschen Flottenvertheidigungsgezet nimmt.“ Der „Standard“ sagt, werde das Flottenprogramm des Kaisers genehmigt, dann werde es höchst wahrscheinlich veranlassen, daß die an sich schon starke britische Marine noch stärker gemacht werde.

Zur Frage der Flottenstärke. Wie veränderlich die Ansichten der berufenen „Fachmänner“ sind und wie wenig angezeigt es ist, den Plan eines einzelnen Fachmannes gesetzlich festzulegen, geht unter anderem auch aus dem Umstande hervor, daß Admiral Hollmann im April 1897 von den vorhandenen und im Bau begriffenen kleinen Kreuzern und Torjos nur 18 noch als brauchbar bezeichnete, während in dem Tirpitz'schen Plane 23 Schiffe dieser Art als brauchbar aufgestellt werden. Wenn also der Hollmann'sche Plan gesetzlich festgelegt worden wäre, so würde also nach Herrn Tirpitz' Meinung ganz überflüssigerweise für fünf Schiffe zu früh ein Ersatzbau gesetzlich festgelegt werden.

Gutachten auf Lager. Wozu hat man die Professoren? Um auch hohen Wünschen die „wissenschaftliche Begründung“ zu geben. Herr Paul Laband, der sich erfolglos für den Schwager des Kaisers in der lippischen Erbfolgefrage die Finger wundgeschrien hat, erscheint auf dem Plane mit einem staatsrechtlichen Gutachten über das Budgetrecht. Natürlich wird dem Reichstage durch diesen erleuchteten Staatsrechtshyazantiner der Text gelesen: „Der Bestand der Marine auf die unsicheren und dem Belieben der Reichstagsmajorität überlassenen Jahresbewilligungen zu stellen, heißt, im parlamentarischem Jantappel machen, ihn mit Fragen der inneren Politik verquicken und die Marineverwaltung der Ruhe und Sicherheit berauben.“

Das Budgetrecht des Reichstages ist nach dem Waderen „im Wesentlichen“ eine Rechenarbeit, die man einem Calculator anvertrauen kann. Der hayerische Strafrechtsprofessor erhebt in der That befähigt, alle Rechts- und Finanzgesetze als sittliche und gerechte Thaten zu „rechtfertigen“.

Die Ausdehnung des Postmonopols auf die Ortsbriefe wird jetzt in den „Berl. Polit. Nachrichten“ officiös bestätigt. Einer längeren Darlegung dieses Organs entnehmen wir das Folgende:

Bedingt die ausschließliche Beförderung des verschlossenen, mit dem Attribut der Unberührbarkeit ausgestatteten Briefes durch die Reichspost wird erstrebt. Briefe dieser Art spielen in dem Geschäftsbetriebe der Privatposten nur eine geringe Rolle; bei diesen überwiegt der offene, zu Geschäfts-anpreisungen u. s. w. bestimmte Brief weit aus. Das liegt auch in der Natur der Sache. Bei der Reichspost gewährt die Beamtenschaft der bei der Beförderung von Briefen thätigen Personen die nötige Bürgschaft für sichere Beförderung und Zurechtbringung der Briefsendungen, während umgekehrt das nur zu häufig aus dem Lebenswege geschickerten, die Privatposten nur vorübergehend als Rothhafen benutzenden Individuen bestehende Personal der Privatposten eine solche Gewähr nicht annähern bietet. Die Ausdehnung des Postregals auf verschlossene Briefe im Ortsverkehr, um die es allein sich handelt, ist weder für die Reichspost noch für die davon betroffenen Privatunternehmungen von sehr erheblicher finanzieller Bedeutung. Die

Schubart und seine Zeitgenossen.

Historischer Roman von H. C. Brachvogel.

Das eigentliche Oberkleid aber, vorn offen und durch ein paar Bouquets von Silberflügeln seitwärts aufgenommen, bestand aus himmelblauem Flor, in dem kleine gewirkte Sternchen schimmerten. Statt der Hoftracht à la chinoise mit hohem Aufsatze trug sie ihr dunkles Haar in langen Locken, von Perlensträngen durchzogen und, um der Sitte des Puders zu genügen, mit Silberstaub besprenzt. Eine Wolke von Seidensage aber umgab wie ein Rauch Dufte, Nacken und Arme, und verbarg halb und halb jene Reize, die man damals sehr auf dem Prädicamenteller zu officiiren liebte. Während sie nun langsam dahin zogen, und mitten in den salbungsvollen Belehrungen, die der entzückte Baron seiner Gemahlin über Etiquette und Hofzeremonie angebeihen ließ, unterbrach ihn Franziska:

„Ich sehe, Sie taugen ganz für dies klägliche Possenspiel! O Gebuld, das Ziel Ihrer Sehnsucht, Ihrer eillen Unruhe, Baron, wird ja bei non wenigen Secunden befriedigt sein, Sie werden die berausende Lust Ihrer alten Heimath atmen! Ich will wünschen, daß sie Ihnen gut bekommt! Ich habe vor diesem Moment geschauert, ihn mühsam ein Jahr verlohren, voilà — Sie bestanden darauf! In Betracht, daß Sie im Uebrigen unsere Bedingungen respectirten, magte ich nicht länger zu widerstreben. — Sie sagen, der Herzog mußte mich sehen, unsere Ehre gebiete, den Hof nicht länger zu meiden! — Ich verstehe das nicht, aber doch so viel, daß ich mich hier wie in einem fremden Lande bewege. Pah, als ob ich nicht überall ein Fremdling wäre!“

„Sie dürfen doch wohl den Hof nicht, Süße? Sagen Sie denn nicht, mit welcher Verehrung man Ihnen begegnet?“

„Verehrung, mir? Ich bin diesen Leuten fremd. Was sollen sie mich besonders ehren?“

„Rein, dieser Empfang ist außerordentlich! Sind Sie denn aber nicht Leutrum's Gemahlin?“

„Leutrum's Frau! — Und Sie glauben, daß mich das vor Kränkungen schütze, mir nicht vielmehr eine Quelle aller Kränkungen werden wird? Sie natürlich haben nicht bemerkt, was Graf Pappenheim mir nach dem Entree im Salosse in's Ohr zu raunen magte?“

„Ihnen? Der Unverschämte, ich —“

„Erhigen Sie sich doch nicht, Better! Sie scheinen mir nicht der Mann dazu, mich mit dem Gewicht Ihres Renommee's hier zu vertreten, ich werde es selbst thun, oder werde dulden müssen. Sie, Herr Ritterschafts-Director, sind nur den Leuten in Heubach furchtbar, die Ihr Brot essen.“

Leutrum hätte gern etwas erwidert, aber das Portal der Fasanerie ward schon sichtbar.

Plötzlich hielten die Träger.

Franziska's Herz schauderte, sie dachte daran, daß sie in einer Secunde vor dem fürchterlichsten, tyrannischsten Menschen auf deutscher Flur, vor Karl Eugen von Württemberg stehen müßte. Pappenheim öffnete den Schlag.

„Seine Herzogliche Durchlaucht kommen entgegen!“

küsste er.

Ihr Gatte verließ der Tragstuhl und half ihr heraus. Das Herz schlug ihr — vor Angst, — vor Erwartung, — sie mußte nicht warum! Ihre Schultern, Stirn und Antlitz übergoß sich mit Purpur, sie schlug vor Beklemmung die Augen nieder.

Leutrum verbeugte sich tief, indem er sie leise anstieß. Sie that dasselbe. Dann erhob sie den Blick, denn sie fühlte, daß sie sich fassen müßte.

Ein weiter glänzender Kranz von Damen und Cavalieren umstand sie, deren Blicke mit einer Art Staunen auf ihr lagen. In Mitte Aller stand ein Mann, — gegen diesen Glanz mehr wie einfaß — fast ärmlich. — Sein Gesicht war edel, aber von Leidenschaften zerrissen, sein Auge loberte wie eine Flamme und senkte sich dennoch vor ihr, und auf seinen Zügen stand eine tiefe, unendlich rührende Schwermuth in diesem Augenblick. — War das der Karl der Orgien und Paressesen? Der Karl, welcher Moser, Kieger, Guber und Hunderte zu Opfern seines finstern Geistes gemacht?!

Karl fuhr auf und irat heran, Franziska's Hand ergreifend.

„Mein lieber Leutrum, ich gratulire Ihnen zu einer solchen Gemahlin! Sie haben, denk' ich, Gott sehr für solche Günst zu danken. — Edel Barones“, er küßte letzte zitternd ihre Hand, lassen Sie sich sagen, daß Sie willkommen wie keine Andre sind! Das Geschick eines Regenten ist Schmerz und Sorge. Wollen Sie beweisen, daß Sie für mich, als Ihren Souverain, ein wenig Theilnahme haben, so nehmen Sie an, daß, so oft Sie hier erscheinen werden, gute Geister mit Ihnen einziehen!“

Was er noch keiner Dame außer Friedrika, ja seinen erkärtesten Favoritinnen nicht einmal erwies, er bot der Barones von Leutrum den Arm. Der Hof zog tief sich neigend, Chainé, bis Beide vorüber waren, dann rauschte flüsternd und erklaunt Alles hinterher; der Ritterschafts-Director an Aders Seite über trug die Nase hoch wie einen Thurm durch die Lüste. — Der Herzog kam ihm entgegen! Der Herzog führte seine Frau! Er schwamm in Seligkeit.

Franziska hatte auf des Herzogs Anrede kein Wort erwidert. Sie kämpfte mit den seltsam widersprechenden Gefühlen ihres ängstlich pochenden Herzens.

Reichspost verfolgt dabei in erster Linie nur das ideale Ziel, ihrer Aufgabe sicherer Vermittelung des Verkehrs mittelst verschlossener Briefe in ähnlicher Weise und in demselben Umfange gerecht zu werden, wie dies seitens der Postverwaltung aller anderen Großstaaten sonst geschieht. Aber es wird auf die Erreichung dieses Zieles auch so entschiedener Wert gelegt, daß eine entsprechende Verringerung der jetzt gültigen Bestimmungen die notwendige Vorbedingung für alle übrigen Reformen des Postwesens bilden dürfte, und daß demgemäß auch an alle die von dem Publikum gewünschten Erleichterungen des Verkehrs so lange nicht zu denken sein würde, als jene Verringerung des Reichspostgesetzes nicht erfolgt ist.

Diese officiöse Auslassung ist in hohem Grade ungeschickt. Durch Vorenthaltung der dringlichsten Reformen des Postwesens im Posttageseß soll der Reichstag gezwungen werden, im Postgesetz dem Postmonopol eine Ausdehnung zu geben, die zu keiner Zeit von Herrn von Stephan angestrebt worden ist. Lebhaften Widerspruch erfährt die Behauptung, daß diese Ausdehnung des Postmonopols weder für die Post noch für die davon betroffenen Privatunternehmungen von sehr erheblicher finanzieller Bedeutung sei. Die Reichspost verfolge dabei nur in erster Linie das „ideale Ziel“ ihrer Aufgabe, sichere Vermittelung des Verkehrs mittelst verschlossener Briefe, gerecht zu werden.

Das werden dem officiösen Stimmungsmacher aber nicht Viele glauben. Der „Hannov. Courier“ wendet sich gegen die Angabe, daß die verschlossenen Briefe im Geschäftsbetriebe der Privatposten nur eine geringe Rolle spielen, und daß die Beförderung offener Briefe (Druckfachen) „weitläufig überwiege“, und macht geltend: „Die hannoversche Privatpost „Mercur“ beförderte nach ihrem Geschäftsbericht für 1896 über 2 1/2 Millionen Briefe und über 2 1/4 Millionen Druckfachen. Bei den übrigen Privatposten wird's ähnlich so sein, deshalb würde durch die Unterfagung der Beförderung geschlossener Briefe allerdings das wirtschaftliche Gedeihen dieser Anstalten untergraben werden.“ Das Blatt meint weiter: Sollte der Gedanke, den Geschäftsumfang der Privatposten einzuschränken, wirklich die Form einer Novelle zum Reichspostgesetz annehmen, so hätte Herr v. Pöblich allen Grund, sich eine Unterstützung, wie sie ihm die „Berliner Post“ nachdrücklich zu verbitten.

Heinrich von Marquardsen, Mitglied der national-liberalen Partei des deutschen Reichstages, ist gestern morgen an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben. Er vertrat im Parlament den Wahlkreis Hamburg in der Wahl. Heinrich von Marquardsen, seiner Abstammung nach ein Schleswig-Holsteiner — geboren am 26. October 1826 zu Schleswig — war Rechtsgelehrter und seit 1861 Professor der Jurisprudenz in Erlangen. 1868 wurde er ins Zollparlament gewählt und seit 1871 gehörte er dem Reichstage an.

Zum Wahlsampf in Nürnberg. Am Montag fand die erste Entscheidung der Wahlkampfe statt, die der Tod unserer geschiedenen Grilloberger veranlaßte. Bei der Nürnberger Wahlrunde nicht kann, mehr als seinen Beginn von den Schwestern, die es unseren Genossen berechnen, das Landtagsmandat zu behaupten. In 36 Wahlbezirken, in denen Wahlmänner bereits ausgesagt, dabei gehörten waren, wurden Nachwahlen angesetzt. In drei Bezirken hieron mußten die Wahlen auf Grund der §§ 33 Bezirken ausgesetzt haben, was begründet, wenn man erwägt, daß die Landtagswahlen in Bayern „permanente“ sind, d. h. solche, die einmal angefertigt, von der Polizei weitergeführt werden sollen, was natürlich nur in mangelhafter Weise geschieht. Die Wahl in den drei Bezirken, was von der Regierung erklärt worden ist eine direkte Fortsetzung der Wahl von 1893. Man kann sich denken, daß in Folge dessen viele Arbeiter am nicht wählen konnten, und andere, die in alle möglichen Stimmzettel und in die Urnen werfen waren, müßlich haben geholt werden müssen.

Hierauf habe der Herrmann seine ganze Hoffnung gebaut. Doch es gelang ihm nicht, und das Mandat zu erwerben. Das Gesamtresultat stellt sich nun wie folgt: Wir erhielten 203 Stimmen, die Gegner 3630. Entschieden unter noch vorhanden, denn die Wahlmänner verfügen wir jetzt über 139, die Gegner über 120 Wahlmänner. Am 6. December waren sie gekommen und unter Genossenschaft der Arbeitervereine Segen erhielt das Landtagsmandat.

Die Gegner führen den Kampf in ähnlicher Weise. Nach der Wahl: dafür sind auch ihre „Gründungen“ um so höher. So wie der blasse Herrmann bei den Wahlen gegen die unberechneten Steuern wimmelt und im Rathhaus, wo er das Regiment über die unberechneten Steuern aufrecht erhält, so hat er bei der Reichstagswahl seinen Candidaten Hugo Herberich schlagende Beispiele erklären lassen, daß er kein wirklicher Gegner der

Marinevorlage sei und Schiffe zum Schutz des Handels wie der Rüste bewilligen werde! Und das Alles, um die Stimmen der Nationalliberalen zu gewinnen! Das hilft den Freisinnigen aber nichts. Im Juni 1893 erhielten 18,015 Stimmen. Diesmal wird unser Genosse Dertel hoffentlich einen noch größeren Sieg erringen. Das zeigt schon die Stimmung, welche am Montag Abend herrschte, als Bebel in den Centralhallen sprach. An 6000 Menschen lauschten Kopf an Kopf seinen feurigen Worten, fast ebensobald mußten an der Thür wieder umkehren. Das Resultat der Reichstagswahl wird zeigen, daß die Socialdemokratie Nürnbergs das Erbe Grilloberger's zu wahren und zu mehren mußte.

Ausland.

Oesterreich. Prag, 1. December. Die Ausschreitungen nahmen im Laufe des Nachmittags größere Dimensionen an. In einigen Gassen der früheren Judenstadt wurden in Häusern, die auch deutsche Fremdschüler trugen, und in denen Juden wohnen, die Fenster eingeschlagen. Auch der jüdische Tempel wurde mit Steinen beworfen und die Fenster zertrümmert. Nach Werschowitz, wohin ein größerer Trupp von Demonstranten zog, wurde Militär geschickt. Um 4 1/2 Uhr Nachmittags waren 9 Bataillone in Thätigkeit.

Weiter wird berichtet: Die Wuth des Pöbels ist durch aufreizende Meldungen geistlicher Blätter auf das Aeußerste gesteigert. Es wurde das Märchen verbreitet, deutsche Studenten hätten geplant, das tschechische National-Theater zu überfallen, woran sie von tschechischen Studenten gehindert worden seien. Der tschechische Pöbel plünderte ganze Gassen, wo Wohnungen von Deutschen vorhanden sind. Zwölf Bataillone Infanterie, eine Escadron Husaren sind ausgerückt. Das Militär sieht aufmarschirt. Der Straßenverkehr hat aufgehört, die Geschäftsläden sind gesperrt; die Schilder mit deutschen Aufschriften wurden abgerissen. Für die Nacht werden große Eröffnungen in der Josefstadt befürchtet, wo viele Juden wohnen. Die Redactionen der deutschen Blätter sind blockirt und der Gegenstand wüthendster Angriffe.

Schweiz. Lausanne, 29. November. Einen bedeutenden Erfolg, der allerdings erwartet worden, haben die biederigen Socialdemokraten bei den gestrigen Gemeindevahlen errungen, die nach von den Parteien vereinbarten freiwilligem Proportional-Wahlsystem stattfanden. Es wurden für die socialdemokratische Liste 2377, für die radikale 1820, conservativ 1410 und progressiv 404 Stimmen abgegeben. Unsere Partei hatte gegenüber den 115 Mitgliedern des Gemeinderaths 80 Candidaten aufgestellt, wovon 41 gewählt sind; bisher waren bloß 15 socialistische Mitglieder im Gemeinderath. Unsere Genossen hatten für die Wahlbewegung ein besonderes Programm aufgestellt. — Auch in Neuchâtel, wo bisher die Conservativen die Mehrheit hatten, haben die vereinigten Socialisten und Radikalen gesiegt. — Der schweizerische Große Rath (Landtag) hat das Haupterwerbungsmaximum von 400 auf 700 Fr. erhöht; ein Verheiratheter kann noch für seine Frau und für ein Kind je mehr 200 Fr. von Einkommen als Steuerfrei abziehen, was er bei einem Jahresverdienst von 2100 Fr. gar keine Staatssteuer zu bezahlen braucht.

Frankreich. Drepsinische und Minister-freie. Heute unterzeichnet die Radikalen und Socialisten in der Kammer einen Stimmzettel gegen das Ministerium Meline, dessen Sturz nicht lange auf sich warten lassen wird. Die Drepsinische Compromittirte ganz ernstlich die Regierung sowie die Socialistische Partei. Gemüthe von einer Demission des Regens haben bereits um. Schürer-Kammer erklärte in der Verhandlung des Senates, er werde die Prozeßrevision erlangen. Nicht auf die Größe der, die höchsten Militärischen Angelegenheiten.

Im dem am Nachmittage rückwärtigen Ministertraige steht Paris im Demissionen, welches schließlich angenommen wurde. Meline übernimmt verantwortlich das Justizministerium. Die „Rechtsprechung“ des Justizministers wird das Gesamtministerium wohl nicht sein.

Spanien. Webers Theater auf Cuba. Von dem in Folge der Vertheilung des General's Theater in den

Städten zusammengeworferten Landbewohnern sind den der Regierung ausgegangenen Daten gemäß auf Cuba nicht weniger als 176,000 gestorben. In der Provinz Pinar del Rio beträgt die Zahl der Bevölkerung jetzt weniger als ein Drittel der vor dem Beginn des Krieges vorhandenen. Das wirkt ein großes Licht auf die barbarische Kriegführung Webers, dieser Geißel des Menschengeschlechts.

Deutscher Reichstag.

Die Abgeordneten waren heute zahlreicher versammelt als am ersten Versammlungstage. Das Haus war gut beschlußfähig. Wer kurz vor Beginn der Sitzung den Sitzungssaal betrachtete, hätte das für unmöglich gehalten. Die Herren hielten sich in der übergroßen Mehrzahl in den Nebenräumen auf. Da wurde die Freude des Wiedersehens gefeiert und eifrig conversirt, so daß sich der Sitzungsanfang verzögerte. Außerdem war verschiedenes Neues im Hause zu bewundern. Die Ausschmückung des Reichstagsgebäudes macht allmählich Fortschritte. Auf den Zinnen des Daches haben einige herrliche und gewappnete Männer in Erz ihren Standplatz erhalten, in der großen Wandelhalle laden prächtige Mahagonibänke zur Rast ein und in den Schreib- und Lesezimmern sind zwei große Gemälde aufgehängt worden. Das eine Bild zeigt die wunderschöne Stadt Straßburg mit dem herrlichen Münster und dem alten an beiden Ufern der Ill gelegenen Stadtheil in herblicher Abendstimmung. Professor Schönleber aus Karlsruhe hat es gemalt und erntete viel Lob. Das andere Gemälde zeigt einen Felsen im Meer, es ist noch unvollendet und scheint eine Ansicht von Helgoland werden zu sollen. Als Maler zeichnet Eugen Bracht. Am Strande liegen nur einige Schifferkähne. Kriegsschiffe sind auf dem Wilde nicht zu sehen — wenigstens bis jetzt nicht.

Auf der Tagesordnung stand die Wahl der Präsidenten und Schriftführer. Herr von Buol ging nicht ganz geschäftsordnungsgemäß vor, wie er auch gestern nicht ganz dem Wortlaut der Geschäftsordnung gemäß verfahren ist. Da nämlich gestern das Haus nicht beschlußfähig war, hätte er eigentlich nicht aus eigener Machtvollkommenheit die Tagesordnung festsetzen dürfen. Denn solches darf nur der Präsident und Präsident war Herr von Buol gestern noch nicht. So hätte auch heute erst ein Namensaufruf erfolgen müssen, ehe zur Präsidentenwahl geschritten werden konnte. Herr von Buol verband aber den Namensaufruf mit dem Wahlaufe und das Haus setzte keinen Widerspruch entgegen. Wir Deutschen sind doch bessere Menschen. In Oesterreich hätte es bei einer solchen Abweichung seitens des Herrn von Abrahamowitsch gewiß Mord und Todtschlag gegeben. Herr v. Buol bewies der Reichstag gleich darauf volles Vertrauen, indem er ihn mit übergroßer Mehrheit mit der Präsidentenwürde betraute. Nur die Nationalliberalen demonstrieren mit weißen Zetteln gegen den „Ultramontanen“, den sie in nationaler Beziehung nicht für einwandfrei halten. Mit der Parteidrehscheibe gaben bei den Wahlen der Vicepräsidenten auch die Conservativen weiße Zettel ab. Der freisinnige Schmidt und der Centrums-abgeordnete Spahn wurden gewählt zum großen Schmerz der demonstrirenden Bismarckfreunde. Ergötzlich war die Verkündung des Abstimmungsergebnisses des ersten Wahlganges durch den Abg. Schmidt. Dieser große Kucherr aus Elberfeld erwieb sich bei dieser Gelegenheit als herzlich schlechter Rednermeister. Er konnte 34 nicht von 264 abziehen, verkündete als Resultat dieser Situation zuerst die Zahl 180, nach längerer Weile eine zweite unrichtige Zahl 232. Die Heiterkeit über dieses Mißgeschick wollte kein Ende nehmen. Herr Schmidt wurde dadurch aber noch verwirrt und schließlich mußte ihm der Schriftführer, der frühere Schulmeister Kropatschek, zu Hilfe eilen, um dieses allerdings recht schwierige Rechenexempel zu lösen. Herr von Buol machte die Feststellung der Abstimmungsergebnisse bei den folgenden Wahlgängen nur insoweit Schwierigkeiten, als er ziemlich viel Zeit dazu brauchte. Nachdem noch der verstorbenen Abgeordneten gedacht, auch ein schleuniger Antrag Köhler erledigt worden war, wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Sitzung findet Freitag statt.

2. Sitzung. Mittwoch, den 1. December 1897.

Präsident v. Buol eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten: Wahl der Präsidenten und der Schriftführer.

Die Wahl der Präsidenten wird nach § 9 der Geschäftsordnung durch Stimmzettel vollzogen.

Hierbei ergibt der Namensaufruf die Anwesenheit von 264 Abgeordneten. Gesamtzahl der 228 Stimmen der bisherige Präsident, Abg. v. Buol (Centrum). 34 Stimmzettel sind unbeschrieben.

Abg. Herr v. Buol nimmt die Wahl mit folgenden Worten an: Meine Herren, ich nehme Ihre Wahl mit bestem Dank an und werde mich bemühen, meines Amtes in der Weise zu wahren, wie es dem Interesse der Sache und dem Wohl der Nation entspricht. (Beifall.) Ich bitte auch weiterhin Ihre freundliche Unterstützung zu erhalten. (Beifall.)

Der Abgeordnete Herr v. Buol nimmt die Wahl mit folgenden Worten an: Meine Herren, ich nehme Ihre Wahl mit bestem Dank an und werde mich bemühen, meines Amtes in der Weise zu wahren, wie es dem Interesse der Sache und dem Wohl der Nation entspricht. (Beifall.) Ich bitte auch weiterhin Ihre freundliche Unterstützung zu erhalten. (Beifall.)

Der Abgeordnete Herr v. Buol nimmt die Wahl mit folgenden Worten an: Meine Herren, ich nehme Ihre Wahl mit bestem Dank an und werde mich bemühen, meines Amtes in der Weise zu wahren, wie es dem Interesse der Sache und dem Wohl der Nation entspricht. (Beifall.) Ich bitte auch weiterhin Ihre freundliche Unterstützung zu erhalten. (Beifall.)

Der Abgeordnete Herr v. Buol nimmt die Wahl mit folgenden Worten an: Meine Herren, ich nehme Ihre Wahl mit bestem Dank an und werde mich bemühen, meines Amtes in der Weise zu wahren, wie es dem Interesse der Sache und dem Wohl der Nation entspricht. (Beifall.) Ich bitte auch weiterhin Ihre freundliche Unterstützung zu erhalten. (Beifall.)

Der Abgeordnete Herr v. Buol nimmt die Wahl mit folgenden Worten an: Meine Herren, ich nehme Ihre Wahl mit bestem Dank an und werde mich bemühen, meines Amtes in der Weise zu wahren, wie es dem Interesse der Sache und dem Wohl der Nation entspricht. (Beifall.) Ich bitte auch weiterhin Ihre freundliche Unterstützung zu erhalten. (Beifall.)

Der Abgeordnete Herr v. Buol nimmt die Wahl mit folgenden Worten an: Meine Herren, ich nehme Ihre Wahl mit bestem Dank an und werde mich bemühen, meines Amtes in der Weise zu wahren, wie es dem Interesse der Sache und dem Wohl der Nation entspricht. (Beifall.) Ich bitte auch weiterhin Ihre freundliche Unterstützung zu erhalten. (Beifall.)

Der Abgeordnete Herr v. Buol nimmt die Wahl mit folgenden Worten an: Meine Herren, ich nehme Ihre Wahl mit bestem Dank an und werde mich bemühen, meines Amtes in der Weise zu wahren, wie es dem Interesse der Sache und dem Wohl der Nation entspricht. (Beifall.) Ich bitte auch weiterhin Ihre freundliche Unterstützung zu erhalten. (Beifall.)

Der Abgeordnete Herr v. Buol nimmt die Wahl mit folgenden Worten an: Meine Herren, ich nehme Ihre Wahl mit bestem Dank an und werde mich bemühen, meines Amtes in der Weise zu wahren, wie es dem Interesse der Sache und dem Wohl der Nation entspricht. (Beifall.) Ich bitte auch weiterhin Ihre freundliche Unterstützung zu erhalten. (Beifall.)

Der Abgeordnete Herr v. Buol nimmt die Wahl mit folgenden Worten an: Meine Herren, ich nehme Ihre Wahl mit bestem Dank an und werde mich bemühen, meines Amtes in der Weise zu wahren, wie es dem Interesse der Sache und dem Wohl der Nation entspricht. (Beifall.) Ich bitte auch weiterhin Ihre freundliche Unterstützung zu erhalten. (Beifall.)

Der Abgeordnete Herr v. Buol nimmt die Wahl mit folgenden Worten an: Meine Herren, ich nehme Ihre Wahl mit bestem Dank an und werde mich bemühen, meines Amtes in der Weise zu wahren, wie es dem Interesse der Sache und dem Wohl der Nation entspricht. (Beifall.) Ich bitte auch weiterhin Ihre freundliche Unterstützung zu erhalten. (Beifall.)

Der Abgeordnete Herr v. Buol nimmt die Wahl mit folgenden Worten an: Meine Herren, ich nehme Ihre Wahl mit bestem Dank an und werde mich bemühen, meines Amtes in der Weise zu wahren, wie es dem Interesse der Sache und dem Wohl der Nation entspricht. (Beifall.) Ich bitte auch weiterhin Ihre freundliche Unterstützung zu erhalten. (Beifall.)

„Gnädige Frau,“ begann der Herrzog halblaut zu ihr gebend, „ich befinde mich Ihnen gegenüber in einer eigentümlichen Verlegenheit. Ihr Vertrauen würde meinen Sorgen wohnen, und doch möchte ich mich nicht gegen Ihren Willen in dasselbe drängen. Andererseits weiß ich von Ihrem bisherigen Votum, — der Art, wie Baron von Bülow sich das Reichsgesetz verhalten zu haben scheint, genug, um für Sie die tiefste Theilnahme und Barmherzigkeit zu begehren. Können Sie mir dieses Vertrauen gewähren? — Können Sie sich entschließen, in mir nicht nur Ihren Sorgen zu leben, denn Sie Beobachtung des Fortschritts schuldig sind, sondern ein naher Freund?“

„Wahrscheinlich, wie sollte ich mich so — in hoher Genuß beim ersten Anblick würdig gemacht haben! Ich darf wohl ruhig darüber erörtern!“

„Sie haben kein Vertrauen zu mir!“

„Derogatorische Gnade!“

„Ich verzeihe es Ihnen, Baronin. Der gezwungen werden, die Welt mit so düsterem Blick wie Sie anzusehen, hat das Recht, überall sein Selbstvertrauen zu erheben. Vielleicht hat man Ihnen auch Karl von Bülowen und seinen Hof von einer wenig günstigen Seite geschilbert, wie?“

„Gnädiger Herr, wenn Ihnen wirklich meine Sage sehr unbehagen ist, so mögen Sie verzeihen, denn ich an Baronin die und Unangenehmigkeit nicht zu glauben vermag. Würden Sie die ganze Idee meines Grams erörtern können, dies einige Schritte der Erniedrigung und Erniedrigung. Sie würden. Herr Herrzog, begreiflich finden, daß ich die Männer nicht verzeihen mag. Die Furcht, meine Sage zu verurtheilen, ist, wenn gesprochen, die Furcht vor Unbehagen. Ich mag eine Ahnung, eine unbehagliche Hand parat. Mein Gemüth befinde sich in der Höhe. Das wenig in meinem Genuß. Vergessen Sie mich denn, wenn ich Ihnen bei meinem Genuß im Stande bin erörtern!“

„Könnte ich? Was wäre denn, Sie zu tranken?“

„Was nun der Herrzog, der Genosse und Vertraute des Herrzogs von Bülowen ist, eines Souverains, der geschickt ist — lag was im Grunde — die Seiten der Kamer und Genossen zu verstehen, — kann man immerhin die Welt eines vernünftigen Landesherrn bezeichnen.“

„Könnten Sie? — Können Sie?“

„Er habe die ihre Gnade, mit mir verzeihen lassen, daß ich mich an Ihre Gnade nicht entschließen mag, daß ich mich an Ihre Gnade nicht entschließen mag, daß ich mich an Ihre Gnade nicht entschließen mag.“

„Könnten Sie? — Können Sie?“

„Er habe die ihre Gnade, mit mir verzeihen lassen, daß ich mich an Ihre Gnade nicht entschließen mag, daß ich mich an Ihre Gnade nicht entschließen mag, daß ich mich an Ihre Gnade nicht entschließen mag.“

„Könnten Sie? — Können Sie?“

„Er habe die ihre Gnade, mit mir verzeihen lassen, daß ich mich an Ihre Gnade nicht entschließen mag, daß ich mich an Ihre Gnade nicht entschließen mag, daß ich mich an Ihre Gnade nicht entschließen mag.“

„Könnten Sie? — Können Sie?“

„Er habe die ihre Gnade, mit mir verzeihen lassen, daß ich mich an Ihre Gnade nicht entschließen mag, daß ich mich an Ihre Gnade nicht entschließen mag, daß ich mich an Ihre Gnade nicht entschließen mag.“

„Könnten Sie? — Können Sie?“

gebend. Bestenfalls ist erst vorgestern früh gestorben. Ich fordere Sie auf, sich zu Ehren und Gedächtnis der verstorbenen Kollegen von Ihren Vätern zu erheben.

Dies geschieht.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Auf Antrag des Abg. Werner (Antf.) kommt noch ein scheinbarer Antrag zweier Strafverfahren gegen den Abg. Hirschel (Antf.) wegen Beleidigung zur Verhandlung. Der Antrag wird ebenfalls angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr.

Tagesordnung: 1. Erste bezw. zweite Beratung einer Vorlage betr. Regelung einiger Fragen des internationalen Privatrechts zwischen Deutschland und Belgien, Spanien, Frankreich, Italien etc. 2. Gesetz betr. die freiwillige Gerichtsbarkeit. 3. Gesetz betr. die Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen.

Schluss 4 Uhr.

Parlamentarisches.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraction hielt am Mittwoch nach Schluss der Plenarsitzung ihre konstituierende Sitzung ab. Der in der vorigen Session nach dem Prozeß gegen die Parteileitung auf fünf Mitglieder ergänzte Vorstand wurde jetzt wieder auf drei Mitglieder herabgesetzt und Singer, Meister und Bebel mit der Führung der Geschäfte betraut. In den Seniors-Convent delegirte die Fraction Singer und in die übrigen ständigen Commissionsen wird die Partei folgende Vertretung entsenden: Geschäftsordnungscommission: Singer, Petitionscommission: Förster, Gerisch und Bogtherr, Budgetcommission: Bebel, Meister und Singer, Wahlprüfungscommission: Uer und Fischer, Rechnungscommission zur Prüfung der Einnahmen und Ausgaben: Wurm und Bloß.

Für die in nächster Zeit zur Vernehmung liegenden Gesetzesvorlagen werden die Paricgenossen Sadtzger und Frohme bei den Verhandlungen die freiwillige Gerichtsbarkeit und die Entschädigung unschuldig Verurtheilter den Standpunkt der sozialdemokratischen Partei im Plenum vertreten.

Als Statthalter ist Bebel bestimmt und in der Plottenfrage werden Schoenian und Kollenbuhr das Wort nehmen. Die Fraction wird zunächst beantragen, daß die gegen die Mitglieder Brühne, Müller, Schmidt, Frankfurt, Sadtzger und Bogtherr schwebenden Strafverfahren eingestellt werden. Sodann wird die Fraction folgende Initiativentwürfe stellen: 1. Antrag, betreffend die Einführung eines Reichs-Vereinsgesetzes. 2. Einführung obligatorischer Gewerbegerichte. 3. Aufhebung der Paragraphen im Strafgesetzbuch betreffend die Majestätsbeleidigung. 4. Aufhebung der Gefängnis-Ordnung. 5. Ausdehnung der Gewerbe-Inspection auf die Hausindustrie und Anstellung weiblicher Fabrik-Inspectoren. 6. Einführung eines Reichs-Vergesetzes. 7. Ausdehnung der Immunität der Reichstags-Abgeordneten auf die Strafollstredung (Artikel 31 der Verfassung). 8. Einführung einer achtstündigen Arbeitszeit für alle in Handel, Industrie und Gewerbe beschäftigten Personen. 9. Aufhebung des Dictaturparagraphen in Elßig-Vorbringen.

Partei-Angelegenheiten.

Eine Parteiverammlung für den 10. badischen Reichstags-Wahlkreis Karlsruhe-Bruchsal nahm mit großer Mehrheit folgende, von Kolb gestellte Resolution an: Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Hamburger Parteitag im Allgemeinen einverstanden. Der Beschluß über die Beteiligung unserer Partei an den preussischen Landtagswahlen erscheint uns jedoch als nicht haltbar, da nach demselben es den preussischen Genossen unmöglich ist, wollen sie nicht eine nutzlose Kraft- und Geldverschwendung vornehmen, sich an den Landtagswahlen zu beteiligen. Eine Aenderung dieses Beschlusses ist unbedingt erforderlich. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß die Reichstags-Fraction die Sache in die Hand nimmt und den Parteigenossen Deutschlands die Beschlussfassung sobald überläßt.

Die Sozialdemokratie Badens hält am 9. Januar einen außerordentlichen Parteitag ab, um zu den Reichstagswahlen Stellung zu nehmen und die Frage der Verlegung des „Volksfreund“ von Offenburg nach Karlsruhe zu regeln.

Bei den Stadtverordneten-Ersatzwahlen in Osterwick am 27. wurden zwei Parteigenossen, Handlungsmacher Carl Schulz und Reigebder Ernst Pohl, mit 165 und 142 Stimmen gewählt. Die bürgerlichen Candidaten, fünf an der Zahl, erhielten zusammen 174 Stimmen.

In Ronneburg in Sachsen-Meiningen wurden 4 Socialdemokraten in das Stadtverordneten-Collegium gewählt.

Arbeiterbewegung.

In Gantsch-Leipzig stehen sämtliche Textilarbeiter und Arbeiterinnen seit Sonnabend wegen Maßregelung im Streit.

Stenarbeiterstreik. Die Firma Reich in Seib (Oberfranken) versuchte einen 20procentigen Abzug von den schon sehr niedrigen Löhnen. Sämtliche Arbeiter, die organisiert sind, legten am 29. November die Arbeit nieder, so daß der Betrieb vollständig still liegt.

Die Ausichten auf baldige Beendigung des Kampfes der englischen Maschinenbauer haben auf die Geldsammlungen keinen ungünstigen Einfluß ausgeübt; die Gelder laufen ebenso zahlreich ein wie vorher.

Aus aller Welt.

Eine Grubenkatastrophe. Der „Pfälzischen Presse“ zu Folge haben sich auf der bei Homburg in der Rheinpfalz gelegenen Kohlengrube Frankenhof Schlagende Wetter ereignet. 10 Tode und 45 verwundete Bergleute wurden bereits zu Tage gefördert. Mehrere werden noch vermisst. Von Zweibrücken ist mittels Expresszuges eine Sanitätscolonne zur Hilfeleistung abgegangen. Eine spätere Meldung berichtet von 30 Toden und 40 Verwundeten.

Brandenburg. Am 1. December. Aus der hiesigen Strafanstalt sind drei Justizhäftlinge, sämtlich Berliner, a u s g e b r a c h t, nämlich der Arbeiter Friedrich Steinicke, der Handeldmann Wilhelm Walpaski und der Handelsgeselle Oscar Lehmler. Wahrscheinlich haben dieselben hier den Diebstahl in der Neumann'schen Cigarrenfabrik ausgeführt und sich dann nach Berlin gewandt.

Ein Wildschütz wurde im Wilmshiller Gutshof in Ostpreußen vom Gutsbesitzer ertrappt. Es kam zu einem heftigen Ringen. Als der Wilderer auf den Förster schießen wollte, kam dieser ihm zuvor und ferdete ihn durch einen Schuß nieder. Der Wildschütz verstarb sofort.

Der falsche Erzherzog Emil Behrendt wurde, wie aus dem Bericht wird, aus der Haft entlassen. Marie Pusmann hat ihren Strafantrag zurückgezogen. Das Verfahren gegen den „lieben, lieben Karl“ ist in Folge dessen angeblich eingestellt worden.

Doppelmord. In Traubing bei Feldberg am Starnberger See wurden der Güter-Dieser und seine Frau ermordet und verbrannt aufgefunden.

Wismar. 1. December. In der Wahlenbergstraße ist in Folge des Nordsturmes ein Fischerboot untergegangen. Die Fischer Müller und Beguhl, beide Familienväter, sind ertrunken.

Sera. 1. December. Auf der Station Tripitz wurde der in Laternenanlagen beschäftigte Arbeiter Knauer vom Schnellzuge 33 erfaßt und sofort getödtet.

Mord. Der auf dem Rast-Bergwerke bei Enns bei der schäftigte Buchhalter Naumann ließ kürzlich Nachts 12 Uhr den Bergmann Redder aus Uher, mit dem er in Streit lebte, zu sich ins Comptoir kommen. Wobd darauf hörte man Schüsse fallen und als man, da die Thür verschlossen war, gewaltsam durch die Fenster eindrang, lag Redder blutend am Boden, mit einem Schuß im Kopfe. Naumann hatte noch ein Messer in der Hand. Redder war nicht todt, er wurde nach Braunschweig ins Krankenhaus geschafft. Naumann wurde verhaftet; er giebt an, von Redder angegriffen zu sein.

Durch eigene Unvorsichtigkeit ist der gräflich Dohna'sche Jäger Kreuz im Dorfe Laud bei Mühlhausen ums Leben gekommen. Nach Rückkehr von der Jagd war K. damit beschäftigt, sein Gewehr zu entladen. Dabei muß er mit dem Fuß an den Abzug gestoßen haben. Plötzlich entlud sich die Schußwaffe und die Kugel drang in das rechte Auge ein. Nach wenigen Augenblicken war der Verunglückte eine Leiche.

Ein wilder Gerichtssoh. In Dorfsfeld hatte ein Schullehrer Krest einen Bergmann durch einen Revolveranschlag verwundet, und zwar, weil er Vergleute über ein Vorkommniß, das einem angetrunkenen Begleiter des Krest passirt war, gelacht hatten. Zum Ueberflus hatte Krest auch noch nachher den Angeschossenen bedroht und beschimpft. Der Staatsanwalt sah mindestens fahrlässige Körperverletzung in der Handlungsweise des Angeklagten und beantragte 6 Monate Gefängniß. Der Rechtsanwalt des Verletzten wies auf das rückfichtlose Verhalten des Angeklagten gegen Lewig (den Verletzten) und auf den Versuch hin, ihn obenbrein fälschlich zu beschuldigen, ihn verfolgt zu haben. Er bat, daß die Strafe in der beantragten Höhe bemessen werde. Das Urtheil lautete auf — 300 Mark Geldstrafe.

Ans verschmähter Liebe hat sich in Wien der fünfundsanzwanzigjährige Stadthalterbeamte Baron Kafetti, ein Keffe des Hoftheaters in Rom, vor der Wohnung einer amerikanischen Lededame erschossen.

Ans Noth hat sich in Kopenhagen nach dem „Berliner Socialanzeiger“ eine Frau mit ihren vier Kindern getödtet.

lokales.

Breslau, den 2. December 1897.

An die Gewerkschaften Breslaus.

Der Vorstand des Gewerkschaftsartells fordert alle Gewerkschaften auf, ihre Candidaten, die sie zu Gewerbegerichtsrichtern (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) gewählt wissen wollen, in möglichst bald abzuhaltenden öffentlichen Versammlungen aufzustellen und Namen, Stand und Wohnung derselben dem Vorsitzenden des Gewerkschafts-Partells, Cigarrenmacher J. Kühnel, Louisenplatz 10 II., bekannt zu geben.

Als Candidaten dürfen nur solche Kröeiter bezw. Arbeitgeber aufgestellt werden, die das 30. Lebensjahr vollendet, in dem der Wahl vorangegangenen Jahre für sich oder ihre Familie Armenunterstützung nicht empfangen oder die empfangene Armenunterstützung zurück erstattet haben und in Breslau seit mindestens zwei Jahren wohnen oder beschäftigt sind.

Die Sitzung des Gewerkschaftsartells am 27. October beschloß ferner, daß jede Gewerkschaft zur Deckung der durch die Gewerbegerichtswahl entstehenden Kosten mindestens 10 Mk. so bald wie möglich beizusteuern hat. Der Beitrag ist dem Kassirer Willy Radler, Blücherstraße 27 II., zu übermitteln.

Technische Hochschule für Breslau.

Eine gestern hier abgehaltene Besprechung von Vertretern der schlesischen Handelskammern, der wichtigeren wirtschaftlichen Vereine Schlesiens, schlesischer Industriellen, der Provinzialverwaltung und der Stadtgemeinde Breslau hatte als Ergebnis den einstimmig gefaßten Beschluß, für die Errichtung einer technischen Hochschule in Breslau energisch zu wirken. An die zuständigen Behörden soll auch eine von allen Interessenten unterschriebene Petition abgesandt werden.

Die Breslauer Antisemiten haben am Dienstag eine Versammlung abgehalten, in der, wie berichtet wird, die Parole ausgegeben wurde: kein Compromiß und kein Cartell mit den Conservativen bei den nächsten Wahlen, sondern überall Aufstellung eigener Candidaten. Die Haltung der Antisemiten bei der Wahl in Westpreignitz wurde für völlig correct erklärt; die erregte Stimmung gegen die Conservativen gab sich namentlich in zahlreichen drahtischen Zwischenrufen kund.

Eine neue postalische Einrichtung wird in Berlin vom Publikum freudig begrüßt. In dem Schaltervorraum des Briefpostamtes in der Spandauerstraße ist seit einigen Tagen eine Briefwaage zur Benutzung aufgestellt worden, die so eingerichtet ist, daß sie nach Perunterlassen eines kleinen Gewichtes bis 500 Gram m wiegt. Eine über der Waage aufgehängte Tafel giebt die erforderliche Anweisung. Mit der Zeit sollen, wenn sich diese neue Einrichtung als vortbeilhaft erw.ist, woran nicht zu zweifeln ist, alle Berliner Postämter mit dertartigen Waagen versehen werden. Auch für Breslau möchte wir die Aufstellung solcher Briefwaagen empfehlen.

Rückzahlung von Fahrgeid.

Bezüglich der Rückzahlung von Fahrgeid erläßt die Breslauer königliche Eisenbahn-Direction in ihrem Amtsblatte folgende Bekanntmachung: Reisenden, welche ihre auch zur Rückfahrt berechtigten Fahrtausweise, weil sie dieselben verlegt haben, oder aus anderen triftigen Gründen zur Rückfahrt nicht benutzen können und gendthigt sind, hierfür besondere Fahrkarten nachzulassen, ist bei demnachstiger Vorlegung der nicht benutzten Fahrtausweise der volle Preis der nachgelassenen Fahrkarten zu erstatten, wenn die Fahrt auf letztere innerhalb der Geltungsdauer der zuerst gelassenen Fahrtausweise ausgeführt haben. In dertartigen Fällen ist der Erhaltungsantrag von derjenigen Verwaltung (Verkehrsinspection) zu regeln, in deren Bezirk das Fahrgeid für die nachgelassene Karte erhoben worden ist. Die endgiltige Regelung von Anträgen auf Erstattung von Fahrgeid für mehrere auf verschiedenen Stationen gelassene Fahrkarten ist, wenn keine anstehende Reise vorliegt, durch die Verkehrsinspection und zwar durch diejenige zu bewirken, welche sich zuerst mit dem Antrage zu befassen hat, nachdem von den übrigen Verkehrs-Inspectionen die zu erhaltenden Beträge vermerkt worden sind.

Himmelserscheinungen im December.

Venus ist nach Morgenstern, sie rddert sich aber immer mehr und mehr der Sonne und wird in den letzten Tagen des Monats nur noch 1 1/2 Stunden zu beobachten sein. Mars ist fast während des ganzen Monats noch unsichtbar. Dagegen nimmt die Dauer der Sichtbarkeit des Jupiters wieder zu; er erndert sich in dem Sternbilde der Jungfrau und geht gegenwärtig um 1 1/2 Uhr Morgens, gegen Ende des Monats aber schon um Mitternacht auf. Saturn erscheint in der letzten Hälfte des Monats kurz vor Sonnenaufgang am südlichen Himmel. Voll- und Neumond findet statt am 9. und am 23.

Städtischer Arbeits-Nachweis.

Arbeits-Nachweis. Aramens in der Woche vom 21. November bis 27. November 1897. a) Männer: Angebotene Arbeitskräfte: 158. Zu befreiende Stellen: 105. Befreite Stellen: 80. b) Frauen: Angebotene Arbeitskräfte: 44. Zu befreiende Stellen: 45. Befreite Stellen: 35.

Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Breslau. Wir machen nochmals auf den Vortrag über „Erziehung zum Frieden“ aufmerksam, den Herr Otto Ernst aus Hamburg am Freitag, den 3. December cr., Abends 8 1/2 Uhr, im kleinen Saale des Concerthauses, Gartenstraße, halten wird. Das Interesse für den Vortrag scheint, namentlich in Lehrkreisen, sehr groß zu sein. Zutritt hat Jedermann ohne Entgelt. (Vergleiche Inserate und Placate.)

Aufnahme von Testamenten. Mit der Aufnahme von Testamenten etc. außerhalb der Gerichtsstelle im Bezirk des Königl. Amtsgerichts Breslau ist für die Zeit vom 1. December bis zum Schlusse dieses Jahres Amtsgerichts Rath Ragner, Neudorfstraße 27, III., beauftragt. Im Behinderungsfalle wird derselbe vom Amtsgerichts Rath Mähell, Neue Taschenstraße 13, II., vertreten. Protokollführer sind: Secretär Schubert, Grünstraße 11a, Secretär Sell, Weidenstraße 38, III., und Assistent Rademacher, Seblitzstraße 11 pt.

Circus Reus. Der neu engagirte renomirte Original-August Hr. Adolf Dschandky ist geborener Engländer und durch Reisen in alle fünf Erdtheile bekannt. In der Eiltvorstellung am Donnerstag, den 2. December, gelangt der ostpreussische Herrg Blonbel und das sehenswerthe „Monfré-Tableau“ aus festlig Freiheitskriegen durch Herrn Director Reus zur Vorführung. Frau Robert Reus reitet das Schulpferd Albarac und den Steiger Solon. Außerdem producirt sich der berühmte Reittänzer Arnau als hervorragender Pantomime. In der Riesengebirgs-Pantomime gelangt der staunenswerthe Sechserzuge zur Auffahrt.

Ein frecher Diebstahl ist in der Umgegend Breslaus herab worden. Der im Dienst des Brauereibesizers Hein auf der Hubenstraße stehende Kutscher Robert Gabriel unternahm am 30. v. Mts. eine Landtour in Ortschaften an der Breslau — Strehlecker Chaussee. In der Nacht zum 1. d. Mts., gegen 2 Uhr, kam das Gefährt fahrlos angefahren und wurde vor der Brauerei angehalten. Gabriel wurde später auf der Chaussee hinfällig angetroffen. Nach seinen Angaben sind bei dem Diebstahl zwei Männer an den Wagen herangeritten und haben den Wunsch geäußert, mitfahren zu dürfen. Wahrscheinlich hatten die beiden den Plan gefaßt, den Kutscher während der Fahrt ahnungslos niederzumachen und zu berauben. Da G. das Ansuchen der Männer ablehnte, drangen sie sofort auf ihn ein, rissen ihn vom Wagen und mißhandelten ihn, gleichzeitig die Taschen nach Geld durchsuchend. G. hatte die Geldtasche gegenwart, während er mißhandelt wurde, das Geld, welches er sich bei sich hatte, etwa 200 Mark, aus den Taschen in die Stiefel gleiten zu lassen, wodurch das den Straßenräubern entging. G. hat, wie ein Arzt feststellte, schwere Wunden im Gesicht, sowie einen Bruch des linken Armes erlitten. Von den Thätern fehlt noch jede Spur.

Feuer. Gestern Abend brach in dem Grundstück Rosenhallerstraße 13, Ecke Große Dreilindengasse, ein Feuer aus, welches fast zu schlimmen Folgen für einige Wöschmannschaften zu werden drohte. In dem Hofe steht ein sehr langes Stallgebäude, in dessen über den Ställen bezw. Remisen befindlichen Räumen große Mengen Heu und Stroh lagerten. Auf noch unermittelte Weise brach dort Feuer aus, welches, da nicht genügend Abzug vorhanden war, eine ungenügende Dampmentwielung verursachte. Die Folge war, daß die zuerst vordringenden Mannschaften der von Station 4 herbeigerufenen Feuerwehrr stark unter dem sich ihnen entgegen drängenden Rauch zu leiden hatten und einige von ihnen Dohnmachtsanfalle erlitten. Unter schneller Hilfe erfolgten sich die Betreffenden wieder. Der heftige Brand wurde mit mehreren Schlauchgängen energisch angegriffen, so daß das Dach von den Flammen nicht durchbrochen wurde. Die vom Feuer verschonten, jedoch durchdrängten Heu- und Strohmassen wurden auf die Große Dreilindengasse geschafft. Die Feuerwehrr weilte über eine Stunde an der Brandstelle.

Arbeitsverhältnisse. Am 29. v. M. Nachmittags verunglückten ein Maurer und ein Arbeiter bei dem Canallegen auf dem Hochberger Terrain, indem ein mächtiger Rohr, welches auf einem Erdhügel gelegen hatte, niederrollte und auf die beiden Männer fiel, die schwere Verletzungen erlitten. Sie erhielten durch Mannschaften der Feuerwehrr die erste Hilfe und wurden dann in das Allerheiligenspital gebracht.

Einbruch. In der Nacht zum 1. d. Mts. wurde ein Einbruch in einen Kaufmannsladen an der Sobauerstraße verübt. Der Dieb erbrach einen Schrank und entwendete aus demselben 300 Mark.

Ueberraschen. Auf dem Berlinerplatz wurde die Frau eines Pferdeharnarbeiters von einer Droßke überfahren, wobei die Frau Verletzungen davontrug.

Brandfall. Als am 30. v. M. Mittags auf einem Neubau an der Mathiasstraße mehrere Personen im ersten Stockwerk mit dem Ranten von Balken beschäftigt waren, brach ein Brett, auf welchem Zimmermeister Weiß stand; derselbe stürzte ins Parterre hinab und erlitt dabei einen Doppelbruch des Beckens. Ein Arzt und Sanitätsmannschaften der Feuerwehrr leisteten dem Verunglückten die nöthige Hilfe und dann wurde er dem St. Josephsstitz zugeführt.

Aus dem Polizeibericht. In das Polizeigefängniß wurden am 30. v. Mts. 35 Personen eingeliefert. — Gesunden wurden: ein goldener Ring, eine goldene Damenuhr, ein Silberarmband, ein schwarzer Pelztragen, eine Pelzdecke, ein Saß Rauchtabak, ein Zweimantelstück, ein Uhaler und Papiere auf den Namen Kaszitz. — Abhandelt kamen: ein Ballen Reismurzel (gezeichnet H. N. 8507), eine braunrothgefärbte Pferdebede, eine Granatbrotsche, ein goldener Trauring, ein Hundertmarkstück, eine silberne und eine goldene Damenuhr.

Schlesien.

i. Alt-Warthau, 30. November. Eine gut besuchte Parteiverammlung tagte am 25. November im Locale des Herrn Stanke. Der Bericht des Vertrauensmannes ergab eine Einnahme vom November 1-26 bis November 1897 von 202,35 Mark. Davon sind 191,15 Mark an den Parteiausweis, 11,20 Mark an den Kreisvertrauensmann in Bunzlau abgeliefert worden. Die Revisoren bestätigten dies, worauf dem Vertrauensmann Decharge erteilt wurde. Es haben im verfloßenen Jahre zwei Parteiverammlungen, drei Volksversammlungen und zwei Agitationen uren stattgefunden. Die Parteipresse ist vertreten durch 75 Tagesausgaben der „Volksrecht“, 40 Wochenausgaben, 16 „Proletarier“, 74 „Wahre Falsch“ und 55 „Postillon“. Der Vertrauensmann wies darauf hin, daß in finanzieller Hinsicht wie auch in Bezug auf die Presse Fortschritte zu verzeichnen sind und ermahnt die Genossen, auch im neuen Jahre unablässig zu agitieren und für die Partei zu wirken; dann werden sich bei den kommenden Reichstagswahlen die Erfolge zeigen. Es wird hierauf einstimmig Genosse Hermann Franke als Vertrauensmann wiedergewählt. Ferner wurde u. A. beschlossen, noch vor den Reichstagswahlen eine Kreis-Conferenz abzuhalten, nachdem zuvor mit den Bunzlauer Genossen Rücksprache genommen ist. Nach einer Aufforderung, der politischen Organisation, dem Bunzlauer-Unterden Wahlkreise zuzutreten und die Parteipresse kräftig zu unterstützen, erfolgte der Beschluß der Versammlung.

Augenbielam, 30. November. Die höchste Sterblichkeitsziffer unter allen Orten Schlesiens mit einer Bevölkerung von 15,000 Einwohnern und darüber hatte im 3. Quartal d. J. Langenbielau. Der Tpphus hat in letzter Zeit in Langenbielau mehrere Opfer gefordert. Von ehemaligen Krankenhaus liegen noch jetzt eine Anzahl Personen typhuskrank darnieder. Neustadt O., 29. November. Arbeitertod. Ein eisentischer Unglücksfall ereignete sich nach dem „Nadborer Anzeiger“ vorgestern Vormittag in der gräflichen Dampf-Reinerei zu Dohrau bei Langenbielau. Der Reifeheizer Johann Sarnes hatte bei der Sprungwaage zu thun und glitt dabei aus; er wurde von dem Treibriemen erfaßt und zwischen Riemenstücke und Mauerwerk ge-

